

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe april 2007**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**  
Henner Schmidt  
Vorsitzender des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Französische Straße 8  
10117 Berlin  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Anno  
Blissenbach, Jan Valentin  
Deichsel, Maren Jasper,  
Volker Jürgensen, Kurt M.  
Lehner, Markus Löning,  
Peter Lundkowski, Katja v.  
Maur, Peter Pawlowski,  
Frauke Sander, Henner  
Schmidt, Stefan Scholz,  
Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**

Mirco Dragowski, Martin  
Dütsch, Jochen Flörchinger  
Matthias Lefarth, Frauke  
Sander

**Leserbriefe**

Mareile Hörstrup

**FDP in Mitte im Internet**

[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)  
[www.fdp-friedrichstadt.de](http://www.fdp-friedrichstadt.de)  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)  
[www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)  
[www.fdp-wilhelmstadt.de](http://www.fdp-wilhelmstadt.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 0653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-  
zeichen geben die Meinung  
nur ihres Autors wieder,  
nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe april 2007**  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

man sollte vor der Tugend der Beharrlichkeit Respekt haben. Noch 1976 kandidierte Ulla Schmidt vergeblich auf der Liste des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW) für den Deutschen Bundestag, dreißig strebsame Jahre später ist sie am Ziel: Unter ihrer Führung als SPD-Bundesgesundheitsministerin führt die Bundesrepublik Deutschland ein neo-maoistisches System der Gesundheitsversorgung ein. Für uns Liberale sollte dies ein Aufruf sein, mit mindestens ebenso großer Beharrlichkeit für die Freiheit und für die Vernunft im Bereich der Gesundheitspolitik zu arbeiten.

Beharrlichkeit – bei der Förderung des eigenen Wohles zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger von Berlin – ist auch das Markenzeichen unserer politischen Konkurrenz in Berlin, nicht zuletzt der CDU und ihrer Ikone Klaus Landowsky, welcher jüngst in Zusammenhang mit dem Bankenskandal zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Es kommentiert Martin Lindner, Fraktionsvorsitzender der FDP im Abgeordnetenhaus: „Die verfilzte und korrupte Berliner Staatswirtschaft hat den Steuerzahler Milliarden gekostet. Doch die Verantwortlichen im Senat und in den Koalitionsfraktionen haben bis heute keine Konsequenzen daraus gezogen. Die Berliner Staatswirtschaft ist überall. Überall ticken Zeitbomben in Form von Risiken für das Land. Nach wie vor können Regierungspolitiker meist für Managementpositionen völlig ungeeignete Parteisoldaten in landeseigenen Unternehmen ver- und entsorgen. ... Über Berlin liegt nach wie vor ein Filzteppich. ... Deshalb fordert die FDP-Fraktion: (1) Der Staat muss sich aus allen unternehmerischen Tätigkeiten zurückziehen. ... (2) Keine Chance mehr für Parteifilz! Deshalb hat die FDP-Fraktion ein Gesetz zur Förderung der politischen Hygiene erarbeitet. Es sieht eine bis zu zehnjährige Karenzzeit für Politiker vor, die zu Staatsbetrieben wechseln wollen. SPD und PDS haben dies leider ohne Begründung abgelehnt.“

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes, erholsames Osterfest.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Die wirtschaftliche Freiheit hat keine Sicherheit  
ohne politische Freiheit,  
und die politische Freiheit findet ihre Sicherheit  
nur in der wirtschaftlichen Freiheit.

Eugen Richter

## Lagebericht des Vorsitzenden

# Wettbewerb, Exzellenz in der Bildung und mehr Teilhabe für Schwächere

von *Henner Schmidt*

Das Presseecho zum Landesparteitag hat wieder alte Reflexe aufgezeigt: Man schrieb, die FDP rutsche nach „links“, nur weil sie sich auch mit Sozial- und Umweltpolitik beschäftige.



Das erinnert an die Reaktionen im Abgeordnetenhaus, das jedes Mal in emotionale Wallung gerät, wenn die FDP-Fraktion über hungernde Kinder oder den Klimaschutz redet, so als stehe uns eine Beschäftigung mit solchen Themen nicht zu.

Jedoch: Genauso wenig, wie die Befassung mit vernünftigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft „rechts“ ist, sind die Themen Umwelt und Soziales „links“. Es kommt vielmehr darauf an, in welchem Geiste man Lösungen entwickelt.

Deshalb sollten wir, gerade bei der notwendigen öffentlichen Darstellung der thematischen Breite der FDP, das spezifisch liberale, sprich freiheitliche, an unseren Ansätzen herausstellen. In der Umweltpolitik ist es mir wichtig, dass wir uns deutlich für den Umwelt- und Klimaschutz aussprechen. Als Liberale müssen wir dabei aber Maßnahmen fordern, die wissenschaftlich fundiert sind und mit möglichst wenig wirtschaftlicher Belastung einhergehen. Genau deshalb ist die Welle kleinteiliger Verbote und penibelster Vorschriften abzulehnen, die alle anderen Parteien gerade vorschlagen (siehe den anschaulichen Artikel von Frauke Sander in diesem LC).

Wir können auch nicht eine Gutfühlpolitik à la CDU vertreten, die sich in geradezu peinlicher Weise mit objektiv sinnlosen Vorschlägen wie freies Parken für Hybridautos an eine grüne Klientel anbieten will (übrigens ohne Erfolg).

Nein, wir sind für marktwirtschaftliche Lösungen wie den Zertifikatehandel zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Reduzierungsziele oder die Umlegung der Kfz- auf die Mineralölsteuer. Auch in unserer eigenen Partei müssen wir uns deshalb sowohl mit denjenigen auseinandersetzen, die auf der Verbotschwelle mitschwimmen wollen, genauso wie mit denen, denen der Umweltschutz völlig egal ist und die den Zertifikatehandel, das

bewährteste marktwirtschaftliche Instrument, als „Ablasshandel“ diffamieren und damit denjenigen in die Hände spielen, die immer gleich alles verbieten wollen.

Ähnliches gilt für die Sozialpolitik: Wir müssen unsere echte, von Herzen kommende Überzeugung deutlich machen, den Schwachen helfen zu wollen. Das bedeutet aber nicht, das Hirn und die wirtschaftliche Vernunft auszuschalten. Nicht wieviel Geld ausgegeben wird, sondern ob sich die Lage der Betroffenen tatsächlich verbessert, ist der Maßstab der Sozialpolitik.

Der auf dem Landesparteitag beschlossene Leitartikel beinhaltet dazu eine ganze Menge konkreter Maßnahmen, von der Verbesserung der Pflege bis zum besseren Zugang zum Arbeitsmarkt. Wir Liberale sollten auch hier einen anderen Weg verfolgen als die anderen Parteien: Wir wollen Menschen nicht entmündigen und betreuen, sondern sie befähigen und ermutigen, selbst Verantwortung zu übernehmen und ihnen neue Möglichkeiten zur Teilhabe eröffnen.

Die Abgeordnetenhausfraktion hat dazu eine klare Strategie entwickelt, die auf Wettbewerb, Exzellenz in der Bildung und mehr Teilhabe für Schwächere setzt. Die Landespartei setzt zusätzlich auf eine Erweiterung der bearbeiteten Themengebiete. Wichtig ist nun, bei der inhaltlichen Verbreiterung, die auf dem Landesparteitag begonnen wurde, den liberalen Kurs zu halten. Sonst laufen wir Gefahr, Ecken und Kanten abzuschleifen und unsere Unverwechselbarkeit zu verlieren, zugunsten eines diffusen Nettseins, das uns keiner honorieren wird.

Vor allem eine Anbiederung an die Grünen wäre ein Irrweg. Wir können nicht besser sein als das Original und wollen es auch nicht: die Grünen wollen tief in ihrem Herzen belehren, verbieten, regeln, vorschreiben, entmündigen – im völligen Gegensatz zu uns Liberalen. Unsere Anhänger, die überzeugten Liberalen, die Freunde der Freiheit, dürfen wir nicht durch machttaktische Anbiederungen im Stich lassen.

Wir sind deshalb alle aufgefordert, in der Umwelt- und der Sozialpolitik, wie auch bei Wirtschaft, Bildung und Integration klare freiheitliche liberale Konzepte zu entwickeln. Darüber sollten wir uns – ggf. auch kontrovers – auseinandersetzen. Dafür baue ich auf Ihre Unterstützung.

---

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),  
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

## Freie Fahrt für freie Bürger !?

von *Frauke Sander*

Generelles Tempolimit auf allen deutschen Autobahnen? 130 km/h für alle, weil einige nicht mit ihren PS umgehen können? Eine heftige Debatte entbrennt zwischen den Delegierten.

Nein, wir sind nicht auf dem Parteitag der Grünen, sondern beim Landesparteitag der Berliner FDP. Auch wir scheinen angekommen zu sein in der Welt der Verbote und Gängelungen der Bürgerinnen und Bürger.

Verbot sogenannter „Killerspiele“, Verbot privater Sportwetten, Laufstegverweis für Magermodels, Abschaffen von Flatrate-Partys, Fahrverbote in der Innenstadt, Verbot der Stand-By-Schalter, Rauchverbot, Urlaubsflugreisenverbot, sogar die gute alte Glühbirne soll endgültig abgeschaltet werden. Keine Meldung, kein Problem auf das die Politik nicht mit einem neuen Verbot reagieren möchte.

Jetzt, da der staatliche Dirigismus um sich greift, müssen wir Liberale als die Anhänger von Eigenverantwortung und Selbstbestimmung fest zu unserer freiheitlichen Alternative stehen. Nämlich dem aufgeklärten, mündigen Bürger, der selbst am besten weiß, was gut für ihn ist.

Es scheint in Mode gekommen zu sein, dass wenn die Politik nicht weiter weiß, sie ein Verbot erteilt. Problembeseitigung per Gesetz. Getreu nach dem Motto, ist es erst einmal verboten, ist das Problem aus der Welt geschafft. Fall abgeschlossen, auf zum nächsten.

Beispiel Flatrate-Trinken. Den tragischen Fall eines Berliner Jungen, der an seinem hohen Alkoholkonsum verstorben ist, darf man nicht dazu nutzen, neue Gesetzestexte zu entwerfen, die an der Realität vorbei gehen. Erziehung, Aufklärung und Selbstbewußtsein können Jugendliche vom Koma-Saufen abhalten. Verbote aber greifen nicht. Egal ob das Abgabalter bei 14, 16 oder 18 Jahren liegt. Es liegt vor allem in der Verantwortung der Eltern, ihre Kinder durch eine gute Erziehung zu stärken und damit vor Drogenmißbrauch zu schützen.

Ebenso bei den so genannten „Killerspielen“. Ob verboten oder nicht, durch das Internet sind

diese „Spiele“ problemlos abrufbar. Auch hier gilt: Elterliche Erziehung ist gefragt. Auch gilt unser liberales Credo: Überzeugen ist besser als verbieten.

Zurück auf den Parteitag. Zurück zum Autofahren. In der Bezirksverordnetenversammlung in Mitte wurde jüngst über den Bau des Riesenrades am Zoo diskutiert. Selbstverständlich will man das Riesenrad, aber wie sollen die Menschen dahin kommen? Nun, geht es nach Meinung der SPD, Linken und Grünen, soll der

Bürger die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Um das zu tun, soll auf den Individualverkehr verzichtet werden und eine Genehmigung für ein Parkhaus nicht erteilt werden. In der Debatte hieß es, man könne oder vielmehr man müsse den Bürger erziehen. Aber hat die Politik einen Erziehungsauftrag? Muss man die Menschen vor sich selbst schützen?

Oder vielmehr vor regelungswütigen Politikern, die den Menschen zwar noch das Wählen zutrauen, aber dann alles dem staatlichen Erziehungsauftrag unterstellen. Misstraut man den Menschen so sehr, traut man ihnen nicht zu, eine eigenständige Entscheidung zu ihrem eigenen Wohl zu fällen? Wann wird aus staatlicher Bevormundung Zwangs-Entmündigung der Bürger?

Wir Liberale haben Vertrauen in die Menschen. Wir wollen, dass der Einzelne selbst entscheiden kann, wie er sein Leben führt. Jeder soll die Freiheit haben, wählen zu können. Der Staat setzt nur die Rahmenbedingungen, die den Menschen die Freiheit zur Eigenverantwortung gibt. Da, wo es keiner Regelung bedarf, soll es auch keine Regelung geben dürfen. Nicht der Staat greift in das Leben seiner Bürger ein, sondern die Bürger gewähren dem Staat partiell Eingriffe, weil hier die gesellschaftliche Selbstverwaltung an die Grenzen stößt. In einer freiheitlichen Gesellschaft leben die Menschen in Eigenverantwortung und der Staat beschränkt sich auf seine Kernbereiche.

Ach ja, die Delegierten auf dem FDP-Landesparteitag haben sich mit großer Mehrheit gegen ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ausgesprochen. Na dann: Gute Fahrt!

---

*Frauke Sander ist Vorsitzende des OV Oranienburger Tor*

Gastkommentar

## Unternehmensteuerreform verdient den Namen nicht

von *Matthias Lefarth*

Am 14. März hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung einer Unternehmensteuerreform verabschiedet. Es befindet sich jetzt im parlamentarischen Verfahren von Bundestag und Bundesrat und soll noch vor der „Sommerpause“ ins Bundesgesetzblatt.

Positiv ist, dass mit der Senkung der Körperschaftsteuer von heute 25 auf künftig 15 % die Ertragsteuerbelastung der Kapitalgesellschaften auf unter 30 % gesenkt wird. Damit liegt Deutschland dann zumindest in puncto Unternehmensteuersätze im europäischen Mittelfeld. Allerdings wird diese Tarifsenkung durch zahlreiche strukturelle und systematische Verschlechterungen bei der Gegenfinanzierung der Reform „erkauft“. Dies gilt bspw. für die sog. Zinsschranke, nach der Zinsen für Fremdfinanzierungsaufwendungen nicht mehr vollständig als Betriebsausgabe geltend gemacht werden können. Damit wird gegen das sog. Nettoprinzip verstoßen und dem Fiskus für die Tür für willkürliche Eingriffe in das Gewinnermittlungsrecht geöffnet.

Noch kritischer fällt der Befund für Personenunternehmen aus. Zwar sollen sie mit einer sog. Thesaurierungsrücklage für nicht entnommene Gewinne künftig ebenfalls einem Steuersatz von unter 30 % unterliegen, die Ausgestaltung der Thesaurierungsrücklage leidet aber an fundamentalen Mängeln. Danach sollen Entnahmen des Personenunternehmers – die er zum Leben für sich und seine Familie benötigt – immer zuerst aus der Thesaurierungsrücklage (mit der Konsequenz der Nachversteuerung mit 25 % Abgeltungssteuer!) führen und erst nachrangig aus bereits vollständig dem Regelsteuersatz versteuertem Kapital erfolgen können. Für die ganz überwiegende Mehrheit der Personenunternehmen ist das Instrument der Thesaurierungsrücklage kein gangbarer Weg. Das Ziel der Rechtsformneutralität der Unternehmensteuerreform zwischen Kapitalgesellschaften einerseits und Personenunternehmen andererseits wird somit nicht erreicht.

Die ganz überwiegende Mehrheit der mittelständischen Betriebe in diesem Land wird durch die

Unternehmensteuerreform schlicht nicht entlastet. Sie können an Tarifsenkungen der Unternehmensteuerreform nicht teilhaben, sind aber von der Gegenfinanzierung der Reform – bspw. der Streichung der degressiven Abschreibung oder der Senkung des Abzugsbetrags für geringwertige Wirtschaftsgüter – belastet.

Auch in ordnungspolitischer Hinsicht ist das Konzept der Unternehmensteuerreform, einbehaltene Gewinne in den Betrieben steuerlich zu begünstigen, entnommene und ausgeschüttete Gewinne hingegen nicht, bedenklich. Warum soll bzw. kann der Steuergesetzgeber besser wissen, wofür der Gewinn verwendet werden soll, als der Unternehmer selbst? Besser wäre es, das im FDP-Konzept „Reform aller direkten Steuern“, das dem Deutschen Bundestag vorliegt, alle unternehmerischen Einkünfte unabhängig von ihrer Rechtsform mit einem maximalen Steuersatz von 25 % zu belegen: Unabhängig davon, wie die Gewinne verwendet werden.

Mindestens genauso kritisch muss das völlige Ausbleiben von strukturellen Verbesserungen des Unternehmensteuerrechts bewertet werden. So wird die im internationalen Bereich mittlerweile einmalige deutsche Sonderbelastung gewerblicher Betriebe, die Gewerbesteuer, nicht etwa abgeschafft oder in die Einkommen- und Körperschaftsteuer integriert (wie dies etwa das FDP-Konzept mit integrierten Zuschlägen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer vorsieht), sondern sogar noch ausgebaut: Künftig sollen 25 % aller Zinsen für Verbindlichkeiten, Zinsanteile von Mieten und Pachten sowie 20 % der Leasinggebühren dem Gewerbeertrag „hinzuge-rechnet“ werden. Künftig werden also Kosten, die eigentlich die Betriebsausgaben darstellen, wie Gewinnbestandteile versteuert.

Das Unternehmensteuerrecht wird noch komplizierter, strukturell sogar verschlechtert und die vom Grundsatz her richtigen Tarifsenkungen werden durch völlig unsystematische Gegenfinanzierung konterkariert. Die Große Koalition ist nicht in der Lage zum „Großen Wurf“. Bleibt ein Gutes: Die Steuerpolitik und insbesondere die Unternehmensteuerpolitik bleibt der FDP als Profilierungsthema erhalten.

---

*Matthias Lefarth ist Stellv. Vorsitzender des BV Treptow-Köpenick, Vorsitzender des LFA Wirtschaft, Finanzen und Arbeit sowie Stellv. Vorsitzender des BFA Finanzen und Steuern*

## Zum Thema

# Kraftfahrzeugverkehr

von *Jochen Flörchinger*

Täglich stehe ich gemeinsam mit tausenden Berlinern im Verkehrsstau. Ursachen hierfür sind u.a. überflüssige Ampeln, unangepasste Ampelschaltungen, fehlende Abbiege- und Wendemöglichkeiten. Die Folgen sind für den Fahrer Zeitverlust und vermehrter Spritverbrauch und für alle Bürger eine erhöhte Emissionsbelastung. Viele Staugründe könnten mit einem geringen Aufwand beseitigt werden. Doch ich beobachte, dass seit Jahren keine Beseitigungen erfolgen.



Seit 1989 ist in Berlin die Einwohnerzahl und die Beschäftigung zurückgegangen. Trotzdem hat der Straßenverkehr zugenommen. Das Kraftfahrzeug ist in Berlin mit über 40 % das am meistgenutzte Verkehrsmittel im Individualverkehr. Vergleichsstädte wie München weisen einen wesentlich höheren Anteil aus. Trotzdem wird nach wie vor an einigen Stellen Straßenraum, wie am Beispiel des neuen Shoppingcenters ALEXA sichtbar, unwiderruflich zu Bauland umgewandelt. Es fehlen sogar PKW-Haltespuren.

Der Verkehrsstau wird somit behördlich verordnet. Aus ähnlichen Beweggründen werden im Bezirk Mitte die Ausweitung und Verteuerung der gebührenpflichtigen Parkzonen geplant. Voraussichtlich werden die selbigen Verantwortlichen Jahre später verzweifelt nach Lösungen suchen, wie sie den Umsatzrückgängen und dem Ladenleerstand der kleinen Einzelhandelsgeschäften begegnen können.

Die Verkehrspolitik will dem Bürger die Wahl seines Beförderungsmittels vorgeben. Ob dieses Ziel bei den diversen Vorteilen des Autos aufgeht ist fraglich. Die ideologische Frontstellung zwischen dem oft angeführten Argument des Umweltschutzes und einem flüssigen Straßenverkehr sollte aufgebrochen werden. Die Stadt benötigt ein Konzept, das die Bedürfnisse der Autofahrer mit der Notwendigkeit des Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs und der Fahrradwege vereint. Das Thema ist bisher von keiner anderen Partei aufgegriffen - betrifft aber täglich die Mehrheit der Berliner direkt finanziell über den Spritverbrauch, zeitlich oder mittels unnötiger Abgasemissionen.

---

*Jochen Flörchinger (OV Gendarmenmarkt)*

## Zum Thema

# Verkehr und Umwelt

von *Martin Dütsch*

Auf dem ansonsten eher streitarmen und routinierten Landesparteitag am 24. März löste ein Nebenthema auffallend hitzige Diskussionen aus: der Dringlichkeitsantrag zwecks Ablehnung eines allgemeinen Tempolimits und Beseitigung eines „Tempo-Flickenteppichs“ auf Deutschlands Autobahnen. Die Sorge vor allgemeinen Geschwindigkeitsbeschränkungen mobilisierte einen jungen Delegierten gar derart, dass er am Rednerpult in unangemessener Weise über die Opfer von Verkehrsunfällen polemisierte.



Zunächst mag erstaunen, dass die Delegierten trotz großer Konkurrenz dieses Thema als dringlich erachteten. Hatten sich doch Kanzlerin Merkel sowie die Minister Tiefensee und Gabriel in den Wochen vor dem Parteitag unisono gegen allgemeine Tempolimits ausgesprochen. Und die mangelnde Instandhaltung von Autobahnen ist eigentlich ein alter Hut. Doch aus dem emotionalisierten Habitus einiger Redebeiträge und den schrillen Zwischenrufen aus dem Publikum lassen sich leicht Gründe für die Popularität des Antrags ablesen. Die allgegenwärtige Klimadebatte treibt den Mitgliedern der traditionell mit autofreundlicher Verkehrspolitik antretenden FDP wahlweise Sorgenfalten auf die Stirn oder löst trotztige Gegenreaktionen aus! Das Antrags-thema steht damit in einer Reihe von weiteren festgefahrenen Diskussionsfeldern um das Verhältnis von Verkehr und Umwelt, bei denen mögliche Lösungsansätze innerhalb der Berliner FDP noch weit auseinander gehen. Genannt seien Stichworte wie Feinstaubkonzentration in der Innenstadt oder klimaschädliche Flugemissionen. So hat es auf dem Landesparteitag zwei vollkommen konträre Anträge über den Umgang mit klimaschädlichen Flugemissionen gegeben, die beide nicht zur Abstimmung gekommen sind, aber das Diskussionsdefizit gut illustrieren.

Die Parteitagsdelegierten wären gut beraten gewesen, das Tempolimit zur gemeinsamen Diskussion an die Fachausschüsse für Verkehr und Umwelt zu verweisen. Dort sollten auch die anderen offenen Stichworte zeitnah weiter debattiert werden, damit die schrillen Töne schon bald fachlich schlüssigen und gleichzeitig zukunftsfähigen Konzepten weichen können.

---

*Martin Dütsch (OV Wilhelmstadt)*

## Aus dem Abgeordnetenhaus

### Viva Polonia!

von *Mirko Dragowski*

Kurz vor den Feierlichkeiten zum fünfzigjährigen Jubiläum der Römischen Verträge diskutierte das Abgeordnetenhaus über den Beitritt Polens zur EU vor drei Jahren und die Perspektiven in der Zusammenarbeit.



Die Zusammenarbeit mit den Wojewodschaften in Westpolen funktioniert im Rahmen der Oderpartnerschaft. Wir Berliner profitieren hier von dem starken Engagement Brandenburgs und bringen uns immer stärker in die Oderpartnerschaft ein. Nur die Zusammenarbeit mit der polnischen Zentralregierung ist sehr ausbaufähig. Daher sollten sich Berlin und Brandenburg gemeinsam mit einer Vertretung in Warschau präsentieren, vergleichbar mit der EU-Repräsentanz in Brüssel. Dadurch soll Berliner Unternehmen, Verbänden, Forschungseinrichtungen und weiteren Institutionen der direkte Zugang zur polnischen Regierung ermöglicht werden. Mit dieser gemeinsamen Repräsentanz hätten Berliner und Brandenburger einen Vorteil gegenüber anderen Ländern und Staaten. Der Senat lehnt ein solches Vorhaben bislang ab. Hier wird die FDP-Fraktion am Ball bleiben.

Ebenso ist für die zukünftige Zusammenarbeit mit Polen ein stärkerer Austausch in den Bereichen Jugend, Berufliche Bildung, Schule und Hochschule wichtig, so dass das Verhältnis mit Polen enger wird und auf noch stärkere Beine gestellt wird. Bislang findet beispielsweise ein Austausch von Auszubildenden und auch Ausbildern kaum statt.

Ein Kritikpunkt sind die Gewichtungungen der Städtepartnerschaften durch den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Dieser hat gerade die Partnerstadt Los Angeles besucht. Nun erhält er Ende Mai Besuch von seiner Warschauer Bürgermeisterkollegin – ein Besuch in Warschau und Polen ist derzeit in der Senatskanzlei jedoch nicht geplant. Eine eher einseitige Städtepartnerschaft Warschau-Berlin. Das für die Zusammenarbeit mit Polen auch das Engagement des Klaus Wowereit wichtig ist, muss dieser noch lernen.

---

*Mirko Dragowski MdA (BV Tempelhof-Schöneberg)*

## Aus der Landespartei

### Lebensqualität

von *Maren Jasper*

Der vergangene Landesparteitag zeichnete sich durch eine bunte Mischung an Tagesordnungspunkten aus, die für jeden der 350 Delegierten und für die anwesenden Gäste etwas bot:



Markus Löning begann mit einer Rede, die zunächst aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Römischen Verträge und den Feierlichkeiten an diesen Tagen in Berlin, im europapolitischen Bereich ihren Ursprung nahm, dann aber auf die Themen Sozialpolitik und „Mehr Lebensqualität für Berlin“ überleitete und auf die hierzu vorliegenden Leitanträge einging. Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Martin Lindner zur aktuellen Berliner Politik musste leider wegen Krankheit Lindners entfallen.

Um so schneller kam der Parteitag zu den anstehenden Wahlen, die für manchen „Strippenzieher“ Nerven kostete, galt es doch möglichst einvernehmlich 28 Delegierte und auch dieselbe Anzahl Ersatzdelegierte zum Bundesparteitag zu wählen und dabei auch möglichst alle Bezirke des Landesverbands zu berücksichtigen. Weniger nervenaufreibend war die Besetzung eines Stellvertreterpostens im Landesvorstand, da es lediglich eine Kandidatin gab: Hanaa El-Husseini wurde im ersten Wahlgang mit 2/3 der Stimmen gewählt. Sie ersetzt Sibylle Meister, die Landesgeschäftsführerin geworden ist.

Inhaltlich folgte eine ruhige Debatte über die Leitanträge. Emotional wurde es erst bei den übrigen Anträgen, deren Beratungsfolge erstmals nach dem sog. „Alex-Müller-Verfahren“ von den Delegierten gewählt wurde. Bei den Themen „(Kein) Tempolimit auf deutschen Autobahnen“ und „Abschaffung des Inzestparagraphen im Strafgesetzbuch“ gingen die Emotionen hoch. In beiden Fragen entschied sich die Berliner FDP mehrheitlich für den „konservativen Weg“: kein Tempolimit aber auch keine Abschaffung des Inzestparagraphen. Zugute Halten muss man den Liberalen an diesem Tag, dass um gute Argumente gerungen wurde und auch Mindermeinungen Beachtung fanden, nämlich, dass ein Tempolimit zugunsten des Umweltschutzes eingeführt werden müsse.

---

*Maren Jasper (OV OT) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP*

## Berichte aus Mitte

# Es lebe König Ubu!

### *Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion*

Fraktion der FDP hat in der letzten BVV-Sitzung zwei Anträge der SPD zur Wirtschaftspolitik abgelehnt. In dem ersten Antrag forderten die Sozialdemokraten das Bezirksamt auf, die Möglichkeiten einer langfristigen öffentlich geförderten Beschäftigung auszuschöpfen. Der zweite Antrag bezog sich auf die Vergabe der Aufträge durch das Bezirksamt. Hierbei sollen die Betriebe bevorzugt werden, die Ausbildungsplätze schaffen. Beide Vorschläge gehen aus der Sicht der Liberalen in eine völlig falsche Richtung und verkennen die wirtschaftlichen Realitäten.

Es ist nachgewiesen, dass die öffentlich subventionierte Beschäftigungsmaßnahmen nicht greifen, ja für die Betroffenen schädlich sind, weil sie meistens an den tatsächlichen Bedarf des Marktes vorbei gehen. Nach Beendigung der Maßnahme bleiben die Geförderten wieder auf der Straße ohne Aussicht auf einen regulären Job auf dem ersten Arbeitsmarkt. Wer die Situation der Langzeitarbeitslosen tatsächlich verbessern will, muß die Ursachen der Arbeitslosigkeit bekämpfen und nicht an den Symptomen herumdoktern. Die Liberalisierung des Arbeitsrecht, Schaffung des Niedriglohnbereiches, finanzielle und bürokratische Entlastung vor allem der kleinen und mittelständischen Betriebe, Weiterbildungsmaßnahmen für die Arbeitlosen sowie Schaffung der Anreize für die Empfänger staatlicher Sozialleistungen, damit diese einer Beschäftigung nachgehen, gehören zu den wichtigsten Aufgaben, die zur Entspannung der Situation auf dem Arbeitsmarkt beitragen können. Eine falsch verstandene Sozialpolitik, die das bisherige System zementiert, bringt genau das Gegenteil.

Doch offensichtlich sind die Parteien (auch die CDU) nicht bereit, von der populistischen Herz-Jesu-Politik Abschied zu nehmen. Knapp 18 Jahre nach dem Mauerfall und dem Zusammenbruch des Kommunismus ist die Sehnsucht der Parteien (auch denen aus dem Westen) nach Sozialismus noch sehr stark. Ein weiterer Beweis dafür ist die gut gemeinte Bevorzugung der Betriebe bei der Vergabe der Aufträge durch das Bezirksamt. Hier wird suggeriert: die bösen kapitalistischen Unternehmen bilden nicht aus, also zwingen wir sie dazu! Ignoriert wird dabei die Tatsache, dass viele Betriebe nicht deshalb ausbilden, weil sie etwa schlechten Willens sind,

sondern weil sie sich das entweder nicht leisten oder keine geeigneten Bewerber finden können. Doch das interessiert niemanden. Stattdessen werden die kleinen Betriebe, die ohnehin schon mit dem Rücken zur Wand stehen, noch stärker benachteiligt. In seinem berühmten Stück „Ubu Roi“ hat Alfred Jarry einen grotesken Despoten dargestellt, der es gut verstanden hat, sich beim Volk beliebt zu machen. Doch dann tyrannisiert der machtgierige Herrscher die Bevölkerung und treibt immer mehr Steuern und Abgaben ein. Er wirtschaftet das Land regelrecht ab. Jarry schreibt, sein Stück spiele in "Polen, das heißt nirgendwo". Vielleicht sollte man lieber sagen: überall.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

## Wiederaufbau des Berliner Schlosses

### *Frauke Sander für den OV OT*

Gemeinsam mit dem Ortsverband Gendarmenmarkt hat der Ortsverband Oranienburger Tor eine Informationsveranstaltung zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses in den Räumen des Infocenters am Hausvogteiplatz durchgeführt. Als Referent konnte York Stuhlemmer gewonnen werden, dessen Berliner Architektenteam im Auftrag des Fördervereins Berliner Schloss an der Rekonstruktion der Außenfassade arbeitet. Herr Stuhlemmer informierte die mehr als 30 Teilnehmer umfassend über die geplanten Wiederaufbaumaßnahmen. Er demonstrierte anschaulich, wie schwierig und aufwendig es sich gestaltet, die zahlreichen Formen und Figuren der Außenfassade anhand von Fotos und Plänen originaltreu wiederherzustellen. Eine Fassade, die immerhin zwischen 1698 und 1716 von hundert Steinmetzen gemeißelt und dutzenden Bildhauern verziert wurde. Nach angeregter Diskussion ließ man den Abend in geselliger Atmosphäre ausklingen, bei der die Gelegenheit genutzt wurde, die Ausstellung des Fördervereins zu besichtigen und York Stuhlemmer weitere Fragen zu stellen.



## Neue Konzepte für die Arbeit im Ortsverband

*Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt*

Die FDP Gendarmenmarkt hat auf ihrer letzten Mitgliederversammlung im März erste Konzepte zu den drei Kernthemen Stadtentwicklung/Verkehr, Kultur und Seniorenpolitik präsentiert.

Zusätzlich verabschiedete der Ortsvorstand auf einer außerordentlichen Klausurtagung ein neues Konzept zur Mitgliederbetreuung und eine frische Gestaltung der Mitgliederversammlungen. Künftig wird es neben den regulären Diskussionen und Berichten eine kurze Gesprächsrunde zu einem ausgewählten tagespolitisch relevanten Thema geben. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf einer umfassenden Mitgliederinformation: Bereits seit Februar werden die Liberalen vom Gendarmenmarkt in dem monatlichen Kompaktbrief UPDATE über Termine und Neuigkeiten auf dem Laufenden gehalten. Und zur Verstärkung seines Teams hat der OV Gendarmenmarkt den ehemaligen Orts- und Bezirksvorsitzenden Harald Berzl kooptiert.

## Tiergartenklausur

*Katja v. Maur vom OV Tiergarten*

Der Ortsvorstand des OV Tiergarten traf sich im März ausnahmsweise einmal nicht öffentlich im „Lichtblick“, sondern zu einer Strategieklausur im privaten Rahmen, um die anstehenden Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre abzustechen und den Landesparteitag vorzubereiten. Wir richten unser politisches Augenmerk auch weiterhin vor allem auf die Stärkung der direkten Demokratie und der Förderung der Bildung, z.B. durch die Unterstützung privater Kindergärten und Schulen sowie der lokalen Wirtschaft, durch Stärkung der vorhandenen Standorte. Ein erstes Résumé werden wir auf unserer diesjährigen Sommerklausur vom 01. bis 03. Juni in Prag ziehen, zu der wie immer Parteifreunde anderer OV's herzlich willkommen sind.

## Drogenhandel in U-Bahn

*Volker Jürgensen vom OV Wedding*

Das Problem ist stadtbekannt. Im öffentlichen Berliner Raum, insbesondere auch in den U-Bahnhöfen, wird offen mit illegalen Drogen gedealt. Der Ortsverband Reinickendorf/Wittenau/Märkisches Viertel ist daher an den OV

Wedding herangetreten, um bezirksübergreifend eine Aktion gegen dieses Unwesen vorzubereiten. Es ist geplant, entlang der Linie U 8 an einem oder mehreren Aktionstagen Präsenz zu zeigen. Zusammen mit den an dieser Linie gelegenen Ortsverbänden in Mitte, also Gendarmenmarkt, OT, Wilhelmstadt und Wedding, wird nun ein Konzept ausgearbeitet, das – in Zusammenarbeit mit der Polizei – die Bürger unmittelbar vor Ort sowie anschließend in einer Informationsveranstaltung über die Situation, die Arbeit der Polizei und die Defizite bei der Unterstützung durch den Senat unterrichten soll. Vergleichbare Aktionen in Reinickendorf verliefen bereits sehr erfolgreich. Die Bürger haben sehr positiv auf den Einsatz der Liberalen reagiert.

## Lebendige Diskussion

*Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt*

Als Neuerung war in der konstituierenden Vorstandssitzung gemäss der JHV-Aussprache beschlossen worden, künftig monatliche Mitgliederversammlungen durchzuführen, zu denen per Sammeleinladung – kostengünstig – unter Angabe ein Standard-TO geladen wird. So trifft sich der OV-Wilhelmstadt nun regelmässig am ersten Montag eines Monats um 20:00 Uhr zur MV, jeweils im Anschluss an die eine Stunde vorher beginnende Vorstandssitzung.

Zwei Schwerpunkte setzte die MV des 05.03.: Zunächst war unser AGH-Abgeordneter aus Mitte und Bezirksvorsitzender, Henner Schmidt, zu Gast, der engagiert über die Arbeit der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus berichtete. Aus der lebhaften Diskussion dürfte er einige interessante Anregungen mit in die Fraktion genommen haben. Naturgemäß bildete die Vorbereitung auf den Landesparteitag einen weiteren Schwerpunkt. So wurden zahlreiche Änderungsanträge zu den beiden Leitträgen des Landesvorstandes eingebracht, diskutiert und beschlossen. Erfreulich ist, dass fast alle ÄA des OV-Wilhelmstadt vom Antragsteller übernommen oder vom LPT beschlossen wurden. Weniger erfreulich ist, dass die von der Wilhelmstädter JHV verabschiedeten programmatischen Anträge allesamt aus Zeitgründen nicht beim LPT behandelt werden konnten. Durch die Überweisung an den Landesausschuss bleiben sie jedoch auf der politischen Agenda.

Über die jüngste MV am 02.04. mit Gast Piotr Pawlowski, BVV-Fraktionsvorsitzender, wird die nächste LC-Ausgabe berichten.

## Personalien

(au) **Hans-Dietrich Genscher** wurde 80, das Thomas-Dehler-Haus organisierte im Festzelt am Berliner Hauptbahnhof ein rauschendes Fest mit 1.500 Gästen – „im engsten Freundeskreis“ also, wie Festredner **Guido Westerwelle** betonte,



der auch darauf hinwies, dass nur wenige Meter vom Festzelt entfernt einst die Berliner Mauer verlief. Heute feierten Menschen aus Ost und West hier friedlich und in Freiheit; das sei auch der Verdienst Genschers. Zum engen Kreis gehörten etwa Kanzlerin **Angela Merkel**, die Ex-Außenminister der USA und der Sowjetunion, **Henry Kissinger** und **Eduard Schewardnadse** sowie die ehemaligen Amtskollegen **Roland Dumas** (Frankreich), **Krzysztof Skubiszewski** (Polen), **Emilio Colombo** (Italien), **Uffe Elle-mann-Jensen** (Dänemark), **Jiri Dienstbier** (Tschechien), und der spätere ungarische Ministerpräsident **Gyula Horn**. Schewardnadse nennt Genscher „einen Helden seiner Zeit“. Der ehemalige sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow, der kurzfristig seine Teilnahme an dem Geburtstagsfest wegen einer Erkrankung absagen musste, gratuliert in einem Grußwort: „Die Tatsache, dass die Deutschen in sich die Kraft gefunden haben, die schwere und tragische Vergangenheit zu überwinden und mit dem Aufbau eines demokratischen Landes zu beginnen, ist in vielerlei Hinsicht ein Verdienst von Menschen wie Hans-Dietrich Genscher.“ Aus dem Bezirksverband Mitte der Partei der Freiheit waren zahlreiche Mitarbeiter von Parteizentrale und Bundestagsfraktion vor Ort, eine wichtige Aufgabe hatte **Frauke Sander** (OT), ihr oblag die Betreuung von Ehrengast Kissinger. Das Geburtstagskind Genscher selbst dankt an jenem Abend vor allem den anwesenden Ärzten: Es sei ihr Verdienst, dass er seinen 80. Geburtstag feiern könne.

(au) Der Landesparteitag der Berliner FDP im März hatte eine Nachwahl einer Stellv. Landesvorsitzenden vorzunehmen, da **Sibylle Meister** (Reinickendorf) dies Amt nach ihrer Bestellung zur Landesgeschäftsführerin niedergelegt hatte. **Hanaa El-Hussein** aus Tempelhof-Schöneberg wurde als einzige Kandidatin gewählt. Die langjährige Vorsitzende des LFA ‚Ausländerpolitik‘ verbrachte ihre frühe Kindheit in einem Flüchtlingslager im Libanon, kam als Siebenjährige mit ihrer Familie nach Berlin und ließ sich in 1990 einbürgern.

(au) Am Gründonnerstag fand im Berliner Dom unter reger Anteilnahme der Domgemeinde und der liberalen Community eine Feier zu Ehren von **Irmgard Schwaetzers** 65. Geburtstag statt. Wir wünschen unserer hochverdienten Parteifreundin alles Gute und freuen uns auf viele weitere Jahre ihres liberalen Engagements in Mittel!

(au) Der Internet-Auftritt des BV Mitte hat einen neuen Webmaster: **Arno Schödl** dient jetzt an dieser Stelle der liberalen Sache. Sein langjähriger Vorgänger und Ersteller der Seite, **Ingo Kamps**, der auch Stellv. Vorsitzender des OV Gendarmenmarkt ist, wollte das Amt abgeben: „Es war eine schöne Aufgabe, aber es gibt noch viele andere schöne Aufgaben im Leben.“

(au) Nicht nur unser BV Mitte, auch andere Bezirksverbände der Berliner FDP haben jüngst für den satzungsmäßigen Turnus von 2 Jahren einen neuen Vorstand gewählt. Der BV Nord-Ost wird weiter von **Rainer-Michael Lehmann** MdA geführt, seine Stellvertreter sind **Jonny Neumann** und **Michael Wodke**, Schatzmeister ist **Bernd Madaus**. Kontinuität gab es auch im BV Treptow-Köpenick, welchem auch künftig **Volker Thiel** MdA vorsitzen wird, Stellvertreter **Stefan Förster** und **Matthias Lefarth**, Schatzmeister **Oliver Czech**, sowie im BV Marzahn-Hellersdorf, dessen alter und neuer Vorsitzender **Erik Schmidt** von Stellvertreter **Ulrich Jaenike** und **Christian Thonfeld** sowie Schatzmeisterin **Ninon Suckow** unterstützt wird. Im BV Friedrichshain-Kreuzberg heißt der Vorsitzende weiter **Frank Peters**, Stellvertreter **Ilka Joecken** und **Martina Schaefer**, Schatzmeister **Heinrich Hohl**. In anderen Bezirken gab es hingegen Personalaustausch an der Spitze. So etwa im BV Steglitz-Zehlendorf, wo der langjährige Vorsitzende **Klaus-Peter von Lüdeke** MdA durch **Stefan Kapferer** ersetzt wurde, Stellvertreter **Sonning Augstin** und **Hans-Peter Schlaudt**, Schatzmeisterin **Dagmar Sunkel**. Im polarisierten BV Tempelhof-Schöneberg gab es angesichts einer Mehrheitsverschiebung im Bezirksausschuss eine Kompletterneuerung. Der bisherige Vorsitzende **Albert Weingartner** MdA wurde durch **Holger Krestel** abgelöst, als seine Stellvertreter wurde **Peter Oechsner** und **Hans Wiese** gewählt, als Schatzmeister Landesvorstandsmitglied **Volker Graffstädt**. Im ebenfalls polarisierten BV Charlottenburg Wilmersdorf trat **Alexander Ritzmann** nicht mehr als Vorsitzender an, und in der Abstimmung um seine Nachfolge setzte sich Ex-Stadtrat **Bernhard Skrodzki** gegen **Jürgen Schick** durch. Kandidaten für die Stellvertreterpositionen gab es nicht, neuer Schatzmeister ist **Jan Lindemann**.

## Leserbriefe

### *Mareile Hörstrup*

Hallo Nils, danke für die Infos, ich schau immer mal wieder in eure Publikation, und bin froh zumindest in etwa auf dem Laufenden zu bleiben in Sachen Berliner FDP!

Wir freuen uns über Post.  
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
[redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de)  
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

## Schlusswort

### **Das allerletzte zum Schluss...**

#### *von Katja v. Maur*

Man höre und staune: Pünktlich zu den Osterfeiertagen und mitten hinein in die kuschelige knutelige Eisbärenstimmung kündigt der rot-rote Senat urplötzlich Wählergeschenke an und fordert doch tatsächlich die Rückkehr des einzigartigen Berliner Fahrscheins mit Rückfahrgarantie. Für den liberalen Parteifreund noch verblüffender ist allerdings die Reaktion unseres liberalen

Volksvertreters, der im AGH für die Oppositionsverkehrspolitik zuständig ist: Er klatscht artig Beifall und bedankt sich, anstatt danach zu fragen, was das reizende Geschenk denn kosten wird und wer anderes als der (Steuer-)Bürger es denn bezahlen soll. Dem Vernehmen nach könnte sich nämlich durch ein solches Geschenk allein schon der Zuschussbedarf bei der BVG um einen zweistelligen Millionenbetrag erhöhen.

Wenn wir als Berliner in Anbetracht der finanziellen Situation unserer Stadt die Unterstützung der anderen Länder einfordern wollen, sollten wir umso mehr unsere Ausgaben und Kosten selbstkritisch hinterfragen. Welche sind die wirklich drängenden Aufgaben? Wo bleiben eigentlich die Mittel für die Instandsetzung unserer wirklich wichtigen Standortfaktoren, Schulen, Kindergärten, Straßen. Grünanlagen, etc? Es wird m. E. allerhöchste Zeit für eine Budgetierung der einzelnen Senatsverwaltungen. Das schafft Transparenz für den Bürger, denn dann muss sich beispielsweise die Verkehrssenatsverwaltung vor aller Augen entscheiden, ob sie mit den vorhandenen Mitteln lieber die Unmengen von Schlaglöchern in Straßen und Gehwegen beseitigen will oder ob sie bestimmte Fahrkarten noch mehr als bisher subventionieren will. Übrigens sollte sich Berlin endlich vom selbstgewählten Billigimage befreien. Es bestimmen immer noch Angebot und Nachfrage die Preise - und Berlin ist äußerst gefragt.

## Liberales Unternehmen in Mitte: **Winfried Koch** (OV Gendarmenmarkt)



Winfried Koch wurde 1959 als fünftes von insgesamt acht Kindern in Aldenhoven bei Köln geboren. Nach einer unbeschwernten Kindheit in einem katholischen Haushalt keimte sehr früh der Wunsch, Koch werden zu wollen. Nach dem Schulabschluss absolvierte er eine Ausbildung zum selbigen. In den für den Beruf erforderlichen Wanderjahren machte Winfried Koch vor der IHK Passau seinen Küchenmeister. Schnell wurde er von der Industrie entdeckt, und begann unter dem Motto „jetzt für Millionen zu kochen“, Produkte für Nestle, Unilever u.a. zu entwickeln - nicht ohne Erfolg, denn seit 13 Jahren nunmehr in der Selbständigkeit, gründete er 1993 ein Unternehmen in den neuen Ländern, das allerdings 2001 am Markt scheiterte. In jedem Ende steckt auch ein Neubeginn, und so besann sich Koch auf seine Fähigkeiten als Produktentwickler und konnte an alte Erfolge anknüpfen. Unter dem Begriff True Food ist Koch heute einer der Bedeutesten Entwickler in Deutschland. Bis 2006 lebte Winfried Koch mit seiner Familie – er ist verheiratet und hat 2 Kinder – in den neuen Ländern. Er lernte nach eigener Aussage, dass der Weg zur Einheit noch weit ist, aber auch, ihn zu gehen. Koch: „Deshalb bin ich in die FDP eingetreten, weil meine politische Heimat im Liberalismus liegt. Oder anders gesagt: Lass uns niemals vergessen, dass die Rechte der Anderen auch unsere Pflichten sind“.

Termine

**April 2007**

- 10.04 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 10.04 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 11.04 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 17.04 19.00h FNSt: **Podiumsdiskussion** – Thema: Föderalismus Quo vadis? – Teilnehmer: Dr. Philipp Rösler MdL u.a. – in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund (In den Ministergärten 10) – Info und Anmeldung [jeannette.heinemann@fnst.org](mailto:jeannette.heinemann@fnst.org)
- 17.04 19.30h LV Berlin: **Jahreshauptversammlung des Landesausschusses** – u.a. Neuwahl des Sprechergremiums – Rathaus Charlottenburg, Bürgersaal (Otto-Suhr-Allee 100)
- 19.04 17.30h **BVV-Mitte-Plenum** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal
- 25.04 19.00h FNSt: **Erste Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor** – Vortrag Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio – in der Dresdner Bank am Pariser Platz – Information und Anmeldung [jeannette.heinemann@fnst.org](mailto:jeannette.heinemann@fnst.org)
- 25.04 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 26.04 19.00h Bundesverband: **Podiumsdiskussion** des „FDP-Zukunftsforums 2020“ – Thema: Moral auf Befehl? Der Bürger im Fadenkreuz der Political Correctness – im Thomas-Dehler-Haus (Reinhardtstr. 14) – Info und Anmeldung [tampe@fdp.de](mailto:tampe@fdp.de)
- 29.04 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)

**Mai 2007**

- 01.05 11.00h Bundesverband: **Liberaler 1. Mai mit Neumitgliederkongress** im Thomas-Dehler-Haus (Reinhardtstr. 14) – Info unter [www.fdp-bundesverband.de](http://www.fdp-bundesverband.de)
- 01.05 19.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** – Info unter [www.julis-mitte.de](http://www.julis-mitte.de)
- 07.05 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)
- 08.05 19.00h FNSt: **Politischer Club** – „Freiheit und Diversity: Die menschliche Vielfalt als Erfolgsfaktor für unsere Gesellschaft“ – mit Michael Kauch MdB u.a. – in den Reinhardtstraßenhöfen (Reinhardtstr. 14-16) – Info [Michael.Gold@fnst.org](mailto:Michael.Gold@fnst.org)
- 08.05 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 09.05 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 10.05 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 17.05 17.30h **BVV-Mitte-Plenum** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal
- 27.05 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 30.05 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

**Juni 2007**

01. - 03.06 OV Tiergarten: **Klausur** in Prag, Info unter [sassmichael@yahoo.de](mailto:sassmichael@yahoo.de)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**

**Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an [termine@fdp-mitte.de](mailto:termine@fdp-mitte.de)**

Vorstands- und Fraktions-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).